



Landesverband Baden-Württemberg

P R E S S E M I T T E I L U N G

„Bleibe ich oder gehe ich wieder heim?“

Der Überfall des russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin auf die Ukraine, hat hierzulande das Thema „Flucht und Vertreibung“ wieder auf die politische Agenda gebracht. Fand der „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“, der alljährlich am 20.Juni auch als „Weltflüchtlingstag“ begangen wird, in den vergangenen Jahren kaum Beachtung, hat sich das mit dem Ukraine-Krieg in Europa schlagartig geändert.

So traf sich auch die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge Baden-Württemberg (UdVF) zusammen mit der Jungen Union Baden-Württemberg im Kursaal in Bad Cannstatt an diesem Tag zu ihrem „8.Stuttgarter Gespräch“, um dort in einer Diskussionsrunde mit der baden-württembergischen Ministerin der Justiz und für Migration, Marion Gentges MdL, dem stellvertretenden Vorsitzenden der zivilen Hilfsorganisation STELP e.V., Patrick Münz und der Landesvorsitzenden der UdVF Baden-Württemberg und des Bundes der Vertriebe-

nen Baden-Württemberg, Stadträtin Iris Ripsam MdB a.D., über die Hilfen und die Integration von Flüchtlingen aus der Ukraine zu sprechen.

100 Millionen Menschen befinden sich gegenwärtig weltweit auf der Flucht und Europa erlebt derzeit die größte Fluchtbewegung seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Patrick Münz von der zivilen Hilfsorganisation STELP e.V., der stellvertretend für Serkan Eren, dem Gründer von STELP e.V., gekommen war, da er wegen eines humanitären Einsatzes in Afghanistan an der Veranstaltung nicht teilnehmen konnte, machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass bei dieser Entwicklung weltweiter Fluchtbewegungen die Hilfe von zivilen Hilfsorganisationen wie STELP e.V., die mit Spendengeldern und Hilfsgütern Menschen in von der Versorgung abgeschnittenen Regionen helfen, existenziell geworden sind. Zusammen mit lokalen Helfern vor Ort, unterstützt STELP e.V. in der Ukraine die dort verbliebenen Menschen und bringt auch Flüchtlinge nach Deutschland.

In Baden-Württemberg gibt es zurzeit etwa 120.000 Flüchtlinge, die dank der großen Hilfsbereitschaft im Land, eine gute Aufnahme finden. Justizministerin Marion Gentges, zu deren Ressort auch der Bereich der Integration gehört, zeigte sich deshalb auch sehr optimistisch, was die Integration der ukrainischen Flüchtlinge in Baden-Württemberg betrifft. So haben die Menschen im Land mit ihrer Unterstützung durch Geld- und Sachspenden und dem Bereitstellen von Wohnraum deutlich gemacht, dass sie bei den Herausforderungen durch den Ukraine-Krieg nicht untätig bleiben wollen. Kritik äußerte die CDU-Politikerin jedoch an der Bundesregierung, die es versäumt habe, in sozial- wie sicherheitspolitischem Interesse die Flüchtlinge zu

registrieren. Im Gegensatz dazu, führe Baden-Württemberg eine Erstregistrierung durch, deren Daten eine ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge im Land ermögliche.

Inzwischen kehrten jedoch auch viele Geflüchtete, trotz des noch anhaltenden Krieges, wieder zurück in ihre Heimat, was Flüchtlingshelfer Patrick Münz Sorge bereitet. So seien die Rückkehrer auf Hilfsgüter angewiesen, da sie ohne Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Doch der Wunsch, in die Heimat wieder zurückzugehen, ist groß.

Ein weiteres Thema, das Moderator und JU-Landesvorsitzender Florian Hummel ansprach, war der Umgang mit den traumatisierten Flüchtlingen. Ministerin Marion Gentges bezeichnete es als insgesamt schwierig, bei der Masse der Menschen, dieses psychologische Problem der Menschen zügig zu behandeln. „Diese Aufgabe wird wohl einen längeren Zeitraum beanspruchen“, so die Politikerin.

Klappt die schulische Integration von Flüchtlingskindern, die zumeist auch noch mit Online-Unterricht aus der Ukraine bisher gut versorgt waren, schon ganz gut, gilt es bei der Kinderbetreuung Sensibilität zu beweisen, damit beispielsweise bei der Vergabe von Kindergartenplätzen kein sozialer Sprengstoff entstehe. Die Integrationsministerin machte dabei auch deutlich, dass viele der Geflüchteten hierbleiben werden müssen, da in ihrer Heimat alles zerstört sei.

Die Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen in Baden-Württemberg, Stadträtin Iris Ripsam, die zunächst von den Gesprächen mit ihren Eltern über Flucht und Vertreibung berichtete und diese Erfahrungen auch in der Schule an die nachfolgenden Generationen weitergeben sehen möchte, stellte die Frage in den Raum, wie lange

man diesem schrecklichen Krieg in der Ukraine wohl noch zuschauen müsse, bis endlich die Menschen wieder in Frieden miteinander leben können? Die christdemokratische Kommunalpolitikerin, die in ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete auch die baltischen Staaten besuchte, sprach auch über die im Baltikum herrschende Angst der Menschen vor Russland, die sich fragen, wie weit Putin mit seinen territorialen Ansprüchen wohl noch gehen werde? Auch wenn es am Ende wohl nur die große Politik fertigbringen kann, Kriege wieder zu beenden, so wünschte sich Patrick Münz von der zivilen Hilfsorganisation STELP e.V. zum Abschluss des Gespräches zumindest ein stärkeres Zusammenwirken von Politik und Zivilgesellschaft, wenn es um die Fragen der humanitären Hilfe bei Konflikten in der Welt gehe.

Helmut Heisig

- UdVF-Baden-Württemberg –

Foto (Helmut Heisig):

„8.Stuttgarter Gespräch“ am Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20.06.2022.

V.l.n.r: Patrick Münz von der zivilen Hilfsorganisation STELP e.V., Stadträtin Iris Ripsam MdB a.D., Landesvorsitzende der UdVF Baden-Württemberg und des Bundes der Vertriebenen Baden-Württemberg, Marion Gentges MdL (CDU), Ministerin der Justiz und für Migration des Landes Baden-Württemberg und Florian Hummel, Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg.